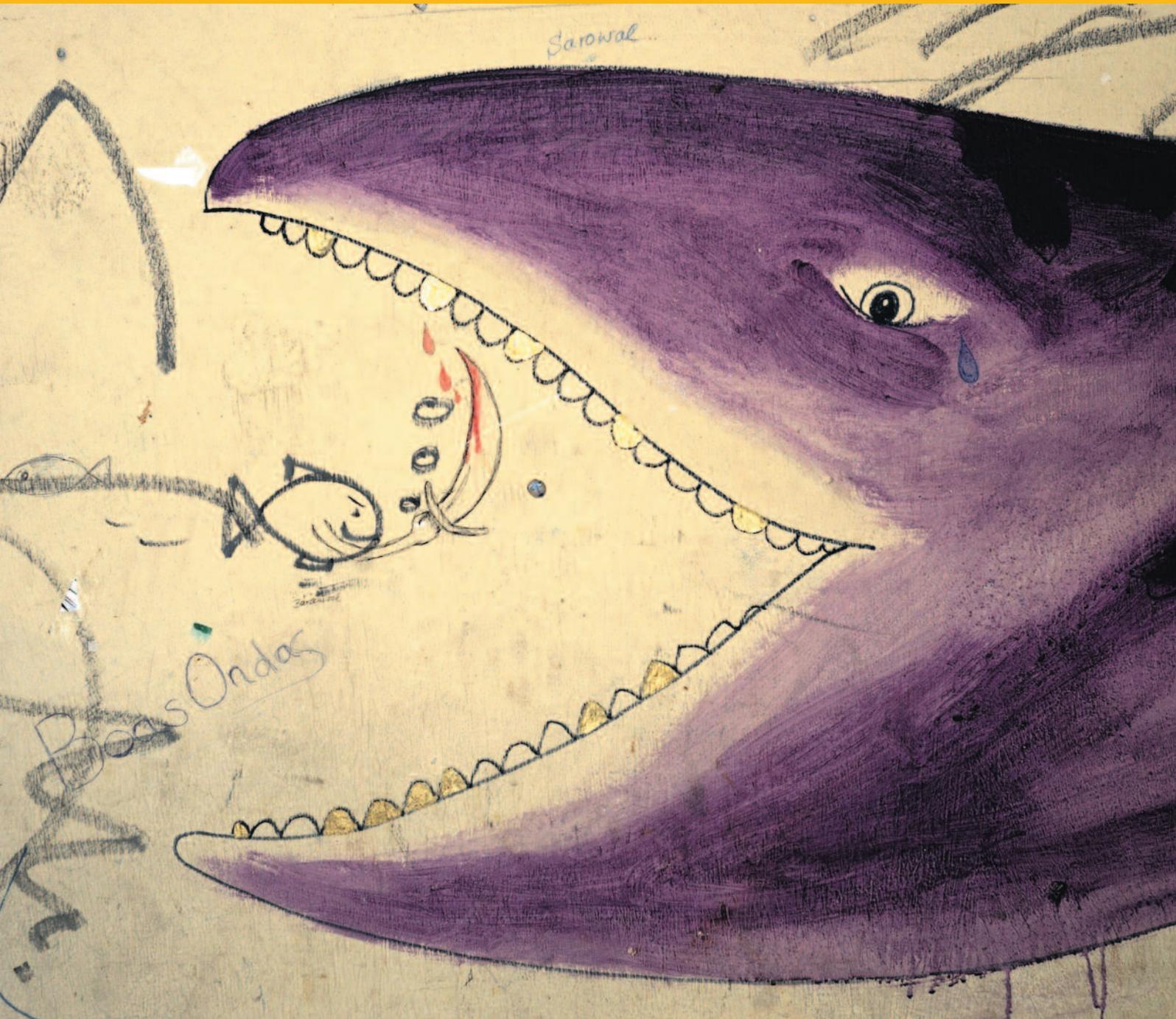


# Faust

Magazin der bayerischen Jusos

**JUSOS**  
BAYERN

2015



**Thema: Freiheit**

---

**She works hard for the money!**

---

**Für den freien Zugang zur Bildung**

---

**Freiheit real oder virtuell?**

---

**Sich frei bewegen – Barrierefreiheit in Bayern**



## Liebe Genossinnen und Genossen,

wir möchten jetzt gar nicht viel sagen zur vorliegenden Faust – einfach nur: schön, dass sie jetzt da ist, und schön, dass ihr sie jetzt in euren Händen haltet, und schön, dass ihr jetzt gleich freie Zeit findet, um euch die tollen Artikel zu Gemüte zu führen. Danke an alle, die uns bei dieser Ausgabe unterstützt haben. Mehr sagen wir jetzt nicht – wir sind dann mal so frei!

Eure Faust-Redaktion

### Inhalt

**Mephisto** 3

**She works hard for the money!** 4



**Für den freien Zugang zur Bildung und ein offenes Bildungssystem** 8

**Die Gedanken sind frei!** 12



**Freiheit real oder virtuell?** 14



**Sich frei bewegen – Barrierefreiheit in Bayern** 17



**Frei entscheiden! Wahlalter absenken!** 20



**Legalize it!** 21



**Gretchen: Wahlfreiheit statt Freezing!** 23



#### Impressum:

**Herausgeber und Redaktionsanschrift:** Jusos in der SPD, Landesverband Bayern, Oberanger38/II. Stock, 80331 München, Telefon 089-23 17 11-37, Fax 089-23 17 11-39, buero@jusos-bayern.de

**Verantwortlich:** Maria Deingruber, Landesgeschäftsführerin der bayerischen Jusos

**Bildnachweis:** Volker Derlath (Titel, Seite 3, 4, 7, 8, 10, 11, 12/13, 14, 16, 18, 20, 21, 24), altrofoto.de (Seite 19), privat (weitere AutorInnenfotos)

**Gestaltung & Produktion:** Konturwerk, Herbert Woyke

**Druck & Verarbeitung:** Meox Druck GmbH



# MEPHISTO

**F**ür die aktuelle Faust haben wir uns keinem geringeren Thema angenommen als der Freiheit! Sie ist Grundlage und notwendige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Aus dem riesigen Themenkomplex, der mit dem Begriff Freiheit in Verbindung steht, haben wir einige für uns besonders wichtige Fragestellungen aufgegriffen, um euch Argumentationshilfen und Diskussionsanstöße zu liefern.

Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir Freiräume für Jugendliche in unserer Gesellschaft erkämpfen und verteidigen können. Wir begnügen uns nicht mit der „Abwesenheit von Zwängen“, sondern brauchen vielmehr einen positiven Freiheitsbegriff, der es jedem einzelnen Menschen ermöglicht, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben.

Natürlich ist der Begriff abstrakt und wir müssen das Wort „Freiheit“ an praktischen Beispielen festmachen. Egal ob Bewegungsfreiheit im Sinne freier Migration, Barrierefreiheit oder Entscheidungs- und Wahlfreiheit: Die Forderung nach selbstbestimmtem Handeln als mündige BürgerInnen ist für uns zentral.

Wir stehen gegen tradierte Rollenbilder und rückschrittliche Familien- und Arbeitsmarktpolitik, die junge Frauen heute immer noch vor die zwingende Wahl stellt: entweder Beruf oder Familie! Wir stehen gegen eine Verbots- und Repressionspolitik, die Jugendliche nur als Sicherheitsrisiko und Krawallmachende verunglimpft. Und wir stehen gegen reinen Kommerz, mangelnde Angebote der Selbstverwaltung in Freizeit, Schule und Uni sowie strikte Alkoholverbote im öffentlichen Raum.

Die Freiheit, den gewünschten Ausbildungs- oder Studienplatz zu wählen, oder die Freiheit der echten Teilhabe am digitalen Leben im 21. Jahrhundert

ist für viele Jugendliche noch in weiter Ferne, und das gilt es zu ändern! Ebenso müssen wir uns fragen, ob Freihandelsabkommen nicht nur die brutale Durchsetzung kapitalistischer Interessen bedeuten und somit die Unfreiheit ganzer Bevölkerungsschichten zur Folge haben.

Nicht zuletzt startet der Juso-Bundesverband in diesen Tagen die Kam-

pagne [#linksleben](#) unter dem Titel „wieviel WIR braucht das ICH?“. Auch auf Bundesebene werden wir also über Freiheit diskutieren und der Frage nachgehen, wie wir ein solidarisches Miteinander organisieren können, das die Freiheit des/der Einzelnen genauso schützt wie die Freiheit unserer gesamten Gesellschaft.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und freue mich auf viele gute Debatten und erfolgreiche Aktionen mit euch im nächsten Jahr!



**Tobias Afsali**

Vorsitzender Jusos Bayern, München

**Politische Schwerpunkte:**  
Innen- und Gleichstellungspolitik,  
Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik,  
Migrations- und Asylpolitik



# She works hard for the money!

*Ökonomische Zwänge und persönliche Freiheit.*

## Der bürgerliche Freiheitsdiskurs

**V**or dem Hintergrund der zunehmenden gesellschaftlichen Individualisierung und der Betonung der Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen erlangen persönliche Freiheitsrechte und deren Verteidigung eine neue Bedeutung.

Dieser Stellenwert ist auch begründet, stellen persönliche Freiheitsrechte doch die Grundlage einer aufgeklärten und freien Gesellschaft dar, in der jede/r BürgerIn das Recht hat, über sein oder ihr Leben selbstbestimmt und frei, ohne externen Zwang und Repressionen im Rahmen gemeinschaftlicher Regeln selbst zu bestimmen – die Freiheit des/der Einzelnen sollte nur dort begrenzt sein, wo sie die Freiheitsrechte von anderen verletzt. Dass es in Zeiten zunehmender Überwachung und Kontrolle der Verteidigung elementarer Freiheitsrechte bedarf, steht außer Frage.

Viel zu oft wird dieser Diskurs – auch bei uns Jusos – aus privilegierter Perspektive geführt und an der abstrakten Ausgestaltung und Verteidigung der Freiheitsrechte angesetzt. Dabei wird oft vergessen: Das bloße Vorhandensein dieser Freiheitsrechte sagt noch lange nichts darüber aus, ob sie auch realisiert und in konkrete Freiheiten umgesetzt werden können. Gerade das ist aber bei Weitem keine Selbstverständlichkeit. Es reicht eben nicht, formale Freiheiten zu gewähren, es muss auch möglich sein, sie zu nutzen.

Neben aller berechtigten Diskussion über die konkrete Ausgestaltung und die bitter notwendige Verteidigung von Freiheitsrechten ist es zu kurz gegriffen, wenn die soziale Dimension der Realisierbarkeit von persönlichen Freiheiten außer Acht gelassen wird. Dies vernachlässigt jedoch das Vorhandensein von kapitalistischen Gesellschaften innenwohnenden, externen ökonomischen Zwängen und ihre determinierende Rolle für den/die Einzelne/n, die die Möglichkeit der freien und selbstbestimmten Entscheidung über das eigene Leben von der sozialen Lage abhängig machen.

## Freiheit und Selbstbestimmung

---

Der/die Auszubildende beispielsweise, der/die nach langer, vergeblicher Suche und unzähligen Bewerbungen aufgibt, eine Lehrstelle in dem Beruf zu finden, den er/sie eigentlich lernen wollte und die erste Lehrstelle annimmt, die angeboten wird, handelt nicht mehr auf Grundlage der eigenen Interessen und Neigungen. Er/sie trifft keine selbstbestimmte und freie Entscheidung, die das ganze weitere Leben bestimmen wird, sondern ist gefangen zwischen Alternativ- und Perspektivlosigkeit.

Ökonomische Randbedingungen und Zwänge bestimmen ganz grundlegend über den Erfolg und die Chancen eines Kindes was Bildung und Aufstieg betrifft. Die Chance, von der Klassenleitung für das Gymnasium empfohlen zu werden, ist bei Kindern aus Akademikerhaushalten mehr als doppelt so hoch wie bei Kindern, deren Eltern als Fachkräfte tätig sind. Immer weniger Jugendliche mit Hauptschulabschluss haben die Chance auf einen Ausbildungsplatz, sogar Realschulabschlüsse reichen manchmal nicht mehr aus, um eine Lehrstelle zu bekommen. Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien studieren 77, während es bei Kindern aus Facharbeiterfamilien hingegen nur 23 sind. So lässt sich die soziale Selektivität unseres Bildungssystems durchdeklinieren.

Damit ist aber eine der wichtigsten Entscheidungen, die über den ganzen weiteren Lebensweg bestimmt, nämlich die Wahl des beruflichen Werdegangs bzw. des Bildungspfades, den man einschlägt, und darüber, „was man im Leben so machen will“, eben nicht frei! Diese sog. „Wahl“ ist in hohem Maße sozial selektiv und abhängig von den sozio-ökonomischen Verhältnissen, denen die/der einzelne entstammt. Um Freiheit und Selbstbestimmung bei dieser elementa-

ren Entscheidung über das eigene Leben zu ermöglichen, müssen wir entschieden gegen die soziale Selektivität und für ein durchlässiges Bildungssystem und Ausbildungswesen kämpfen, in dem jede und jeder die gleichen Chancen hat und individuell gefördert wird. Bildung und berufliche Ausbildung muss unabhängig sein von ökonomischen und sozialen Startbedingungen des/der Einzelnen.

Dies ist auch der Grundansatz, aus dem heraus wir bei der Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung im Übergang zu einer echten qualifizierenden Beschäftigungspolitik Wert legen müssen. Wir müssen es ermöglichen, dass es auch dem/der Facharbeiter/in, dem/der Ungelernten oder auch dem/der Schulabbrecher/in möglich wird, Qualifizierung nachzuholen, sich beruflich weiterzuentwickeln oder umzuorientieren. Das vielbeschworene lebenslange Lernen scheitert doch nur zu häufig bereits an den finanziellen Möglichkeiten derer, die eigentlich am meisten auf eine weitere Qualifizierung angewiesen wären. Deshalb braucht es eine finanzielle Absicherung, die echte Weiterbildungschancen ermöglicht.

## Freiheit und solidarische Absicherung

---

Unter dem Vorzeichen immer stärkerer Ökonomisierung aller Lebensbereiche, der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft und des Vormarsches prekärer Beschäftigungsverhältnisse gewinnen ökonomische Zwänge für immer mehr Menschen an determinierender Kraft, bestimmen Notwendigkeiten die Entscheidung und verhindern so eine selbstbestimmte und freie Wahl.

Auch die prekär beschäftigten ArbeitnehmerInnen, die sich mit einem Job allein nicht über Wasser

### „ Grundgesetz Artikel 2

**(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.**

**(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.**

halten können und/oder deren Gehalt noch von staatlicher Seite aufgestockt werden muss, damit es überhaupt Harz IV Niveau erreicht, handeln nicht mehr frei und selbstbestimmt.

Einkommen und Vermögen sind in Deutschland zunehmend ungleich verteilt. So besitzen beispielsweise die „obersten“ 10 Prozent der Gesellschaft mehr als 2/3 des gesamtgesellschaftlich vorhandenen Vermögens, während die „untere Hälfte“ in der Summe praktisch nichts mehr besitzt. Auch bei den Einkommen geht die Schere immer weiter auseinander. Ökonomische Ungleichheit und die Spaltung der Gesellschaft nehmen stetig zu und bedingen persönliche Unfreiheit. Die zunehmende Polarisierung in „arm“ und „reich“ bedeutet auch die Renaissance der Kategorien „frei“ und „unfrei“.

”

**Wer sich nicht bewegt,  
spürt seine Fesseln nicht!**

Rosa Luxemburg

Fast die Hälfte aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge ist mittlerweile befristet. Der massenhafte Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen verwandelt ArbeitnehmerInnen in beliebig disponier- und austauschbare „EinzelunternehmerInnen“ und unterläuft damit kollektive Absicherungsmechanismen. Die zunehmende Erosion des sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnisses, dessen Anteil an der Beschäftigung in Deutschland auf fast 50 Prozent gesunken ist, sowie die Zunahme an atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen schaffen Unsicherheit und verstärken die ökonomischen Zwangslagen.

Deshalb muss uns klar sein: Eine kollektive, solidarische Absicherung gegen ökonomische Zwänge und Unsicherheiten ist notwendige Vorbedingung für die Realisierung persönlicher Freiheiten und die Durchsetzung selbstbestimmter Entscheidungsmöglichkeiten für alle Menschen, unabhängig ihrer sozialen Lage. Deshalb müssen wir darum kämpfen, ökonomische Zwänge durch staatliche Umverteilungspolitik und Regulierung sowie aktive Sozialpolitik zu beseitigen oder immerhin abzuschwächen und aus Freiheiten mehr zu machen als Privilegien.

Nur in einer Gesellschaft, die auch im Ergebnis der Einkommens- und Vermögensverhältnisse und damit der Lebensverhältnisse eine weitgehende Anglei-

chung durch verteilungspolitische Maßnahmen, durch gerechte und progressive Besteuerung sowie durch gezielte Förderung und öffentliche Leistungen herstellt, sind Freiheiten für die Mehrheit mehr als nur eine schöne Illusion.

## Freiheit und Produktion

Arbeit bestimmt die Lebensrealität der meisten Menschen und prägt ihren Alltag. Für viele ist die Arbeitswelt der Ort, an dem sie am unmittelbarsten mit der Erfahrung von Unfreiheit konfrontiert werden. Sie äußert sich in der Fremdbestimmung durch Prozesse, auf die der/die Einzelne keinen Einfluss nehmen kann, in den vorherrschenden Produktionsverhältnissen und in der Arbeitsorganisation.

Es ist nicht die Arbeit an sich, die diese Unfreiheit hervorbringt. Sie beginnt in der Entfremdung vom Produkt der Arbeit, in der Unterordnung des Menschen unter die Produktion, durch die die Arbeit zur Totalität erhoben wird. Der Mensch als Teil der Maschine, als bloßes Zahnrad im Getriebe des kapitalistischen Produktionsprozess, handelt nicht frei und selbstbestimmt, sondern oftmals einer nicht zu durchschauenden Logik unterworfen und vom Produkt seiner Arbeit entfremdet.

Im Gegensatz dazu wollen wir eine Arbeit, die produktiv gestaltend ist und dem Produkt ihrer Arbeit nicht entfremdet gegenübersteht, sondern mit diesem unmittelbar vertraut ist. „Gute Arbeit“, die Kommunikation und Austausch mit anderen einschließt und den Menschen eigene Planungs- und Gestaltungsfunktionen über ihren Arbeitsprozess einräumt.

Arbeit bietet auch jetzt schon für viele einen grundlegenden Identifikationsrahmen, schafft soziale Inklusion und Teilhabe. Viele Menschen definieren sich über die Qualität und das Produkt ihrer Arbeit. Aus sozialistischer Perspektive kann Arbeit noch mehr

”

**Die Freiheit des Menschen  
liegt nicht darin, dass er tun  
kann, was er will, sondern,  
dass er nicht tun muss,  
was er nicht will.**

Jean-Jacques Rousseau



sein: eine Quelle der Selbstverwirklichung und produktiven Weiterentwicklung des Menschen.

Ökonomische Unfreiheit aufzulösen, heißt auch Souveränität über den Arbeitsprozess zu erlangen. Es ist der allen kapitalistischen Produktionsverhältnissen zugrundeliegende Interessenskonflikt zwischen den EigentümerInnen der Produktionsmittel und den Produktivkräften, der Unfreiheit und Entfremdung hervorbringt. Wollen wir die Realisierung von persönlichen Freiheiten für alle ermöglichen, so gilt es auch für Mitbestimmungsrechte im Produktionsprozess und eine weitgehende Demokratisierung der Wirtschaft zu kämpfen.

## Freiheit und Sozialismus

---

Sozialen Ausgleich zu verwirklichen und wahre Freiheit für alle zu realisieren, das sind die systemübergreifenden Reformen, die es auf unserem Weg zu einer Umsetzung unserer Grundwerte und zur Verwirklichung der Vision eines demokratischen Sozialismus in der Freiheit aller braucht.

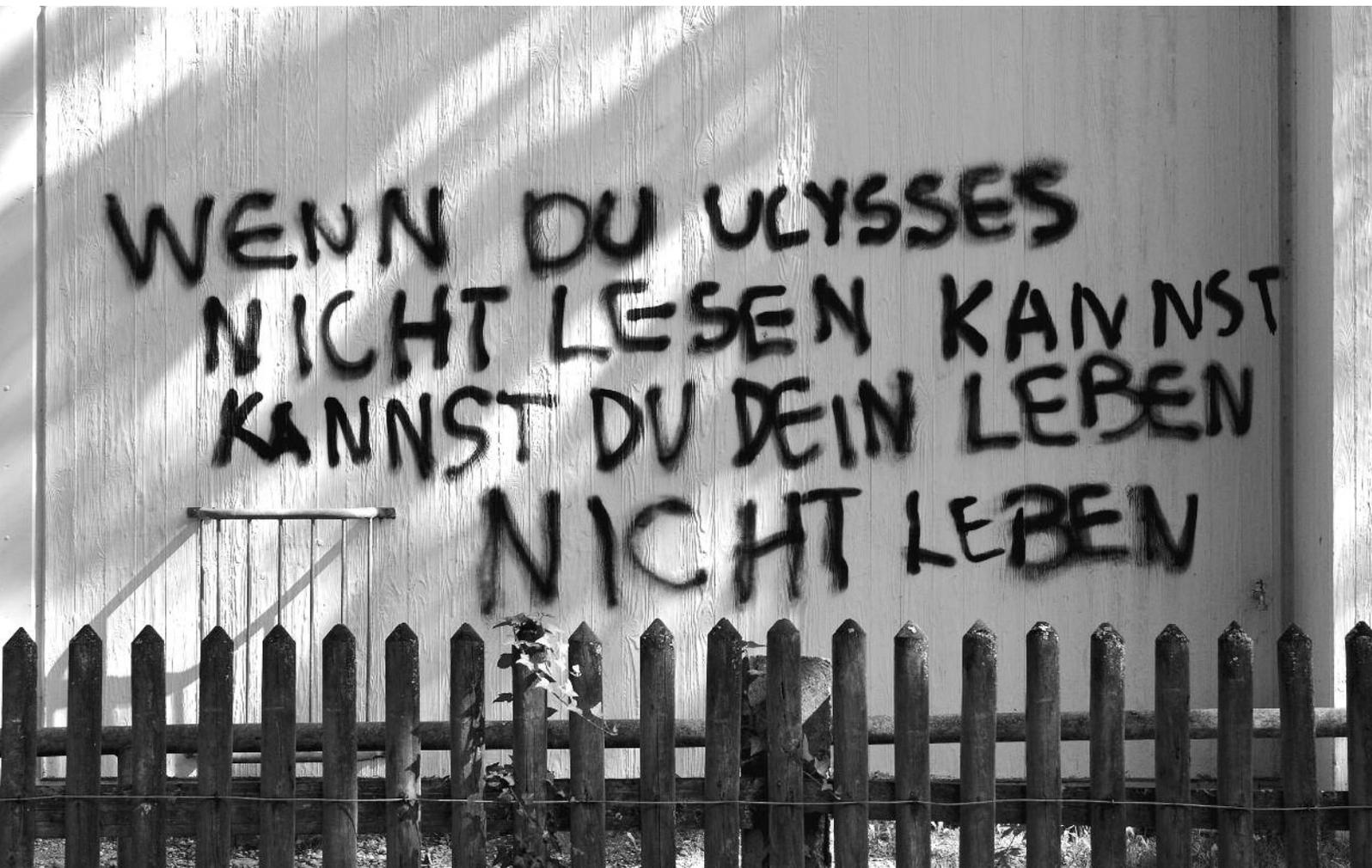
Nur in der Kritik des kapitalistischen Systems, das Ungleichheit und Unfreiheit per se hervorbringt, und seiner Regulierung und letztendlich Überwindung, kann der Weg zur Realisierung der persönlichen Freiheit aller gelingen. Denn die Realisierung wahrer Freiheit für alle, und nicht nur potentieller Freiheiten, kann nur im Sozialismus erfolgen. Wahrer Sozialismus entsteht nur in der Realisierung der Freiheit und Selbstbestimmung aller. Nicht „Freiheit oder Sozialismus“ heißt es in Wirklichkeit, sondern Freiheit durch Sozialismus!

**Anno Dietz**  
stellv. Juso-Landesvorsitzender,  
München

**Politische Schwerpunkte:**  
Wirtschafts- & Sozialpolitik,  
Arbeitsmarkt, Kommunalpolitik



# Für den freien Zugang zur Bildung und ein offenes Bildungssystem



**F**ormal gesehen, steht es jeder Bundesbürgerin und jedem Bundesbürger frei, sich für einen Bildungsweg zu entscheiden. Niemandem wird per Gesetz verboten, sich für eine bestimmte Ausbildung oder einen bestimmten Studienplatz zu bewerben. Aber ist das wirklich schon Freiheit in Sachen Bildung?

Freiheit ist am einfachsten als die Abwesenheit von Barrieren und Hürden zu definieren. Jeder und jedem müssten also alle Türen offenstehen und der Bildungsweg lediglich von der eigenen Leistungsbereitschaft und den eigenen Talenten abhängen. Laut unserem Grundgesetz ist das so. Aber wie sieht es in der Realität aus?

## Das bayerische Schulsystem ist hoch selektiv

.....

In Bayern, wo man sich gerne auf die Schulter klopft und von einem ach so tollen Bildungssystem schwärmt, gibt es die ersten Hürden schon vor der Grundschule. Bayern hat bundesweit die niedrigste Inklusionsquote im Vorschulalter! Aussortierung von Anfang an. Wenn ein Kind einmal in die Förderschule abgeschoben ist, hat es in den allermeisten Fällen keine Chance auf eine weiterführende Bildung. Selbst wenn Kinder mit Behinderung die Leistungen zum Übertritt aufs Gymnasium vorweisen können, bieten

ihnen die meisten Gymnasien nicht das notwendige Umfeld. Die Klassengrößen sind nicht klein genug und die Lehrkräfte nicht ausreichend geschult.

Das hoch selektive Bildungssystem greift demnach bei Kindern mit sog. Förderbedarf, also mit Behinderungen oder in belastenden Situationen, besonders stark ein und grenzt diese aus. Indem sie von den AltersgenossInnen von frühester Kindheit an getrennt werden, beraubt man sie ihres Rechts auf Teilhabe an der Gesellschaft, eines gemeinsamen Lernens mit allen anderen. So verkümmern viele Talente, denen der Raum genommen wird, sich frei zu entwickeln.

Ein weiterer selektiver Eingriff wird nach der vierten Jahrgangsstufe der Grundschule vorgenommen, wenn die Kinder im Durchschnitt gerade mal 10 Jahr alt sind und es um die Aufteilung innerhalb der Sekundarstufe I geht, also auf die Gymnasien, Real- und Mittelschulen. Diese frühe Aufteilung setzt die Kinder unter enormen Druck, aber auch die Eltern und die Lehrkräfte. Wenn Kinder ab der 3. Klasse einen Leistungsdruck verspüren, wie kann da Lernen und Entdecken überhaupt noch Spaß machen?

Wenn wir Kinder weiterhin der Situation aussetzen, dass sie sich bereits mit 10 oder 11 Jahren aufs „Abstellgleis“ geschoben fühlen, weil sie es nicht auf das Gymnasium oder die Realschule geschafft haben, dann werden ihnen Motivation, Selbstvertrauen und Lernbegeisterung gestohlen. Hinzu kommt noch, dass durch diese schulartbezogene Sortierung auch die Entwicklung der Fähigkeiten beeinflusst werden. Wenn eine SchülerIn besonders gut in Deutsch ist, aber schlecht in Mathe, schafft er/sie es nicht auf das Gymnasium. In Mathe kann dann vielleicht auf der Hauptschule mitgehalten werden, in Deutsch werden aber die Fähigkeiten verkümmern, weil der/die SchülerIn ausgebremst wird. Auch hier lässt das Schulsystem eine freie Entfaltung in einem bestimmten Bereich nicht zu.

Mit der Gemeinschaftsschule und einem System, in dem die Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen, es also keine frühe Aufteilung eines Jahrgangs gibt, können auch SpätzünderInnen ihren Weg zu einem höheren Schulabschluss finden und die Talente können in unterschiedlichen Geschwindigkeiten gefördert werden.

## Das Notensystem ist nicht fair

.....

Neben dem Übertrittssystem stellt auch das Notensystem eine Hürde dar. Der Notenvergabe liegt die Annahme zugrunde, dass alle Schülerinnen und Schü-

”

**Ein frei denkender Mensch bleibt nicht da stehen, wo der Zufall ihn hinstößt.**

Heinrich von Kleist

ler fair behandelt werden, wenn sie alle die gleichen Aufgaben gestellt bekommen.

Albert Einstein hat einmal gesagt: „Wenn du einen Fisch danach beurteilst, wie schnell er einen Baum hochklettern kann, wird er sich sein Leben lang als Versager fühlen.“ Während es in anderen Bereichen selbstverständlich ist, unterschiedliche Förderbedürfnisse zu bedienen, wird in der Schule an diesem veralteten Denkmuster strikt festgehalten. In jedem Fitnessstudio werden den SportlerInnen je nach Trainingszustand und Fähigkeiten angemessene Trainingsaufgaben gestellt. Wer eine ausgeprägtere Muskulatur, aber nur wenig Kondition hat, wird nicht das gleiche Laufpensum hinlegen können wie eine Person mit den gegenteiligen Voraussetzungen. Wie wir sehen, ist es hier vollkommen logisch und akzeptiert, dass jede/r anders gebaut ist und nach individuellen Bedürfnissen und Neigungen gefördert werden muss, um sich weiterzuentwickeln. Wenn es jedoch um die geistigen Fähigkeiten geht, tun wir so, als wären alle gleich und stellen ihnen exakt die gleichen Aufgaben. Das ist oftmals sehr frustrierend und kann sogar zur Ablehnung der Schule als Ganzes führen.

Und zu was führt dieser Notenwahn? Zu Bulimie-Lernen und zu einem professionell ausgebauten Nachhilfesystem als Paralleluniversum zur Schule für die, die es sich leisten können. Nachhilfe ist heute das Mittel, um eine gezielte Förderung in bestimmten Fächern zu erhalten, um mithalten zu können. Auch hier könnte man denken, dass es formal jeder/m freigestellt ist, sich um Nachhilfe zu kümmern. Wenn dafür aber das Geld fehlt oder die Eltern der Bildung keine große Bedeutung beimessen, sieht es mit der tatsächlichen Freiheit schon anders aus.

## Die freie Gestaltung des Studiums gibt es nicht

.....

Der Mangel an Geld stellt in der Bildung, v. a. wenn es um das Studium geht, vermutlich die größte Hürde dar. Der BAföG-Satz wird auch nach der Erhö-



hung von sieben Prozent zum Wintersemester 2016/17 (viel zu spät, um dies beiläufig zu erwähnen!) nichts mit der Realität zu tun haben, besonders wenn die steigenden Mietpreise und Lebenshaltungskosten betrachtet werden. Da BAföG gleichzeitig auch bedeutet, mit einem großen Schuldenberg ins Berufsleben zu starten, überlegen sich viele, ob sie überhaupt studieren. Hinzukommt, dass ein Großteil der Studierenden arbeiten muss, um sich das Studium überhaupt leisten zu können.

Wenn man bedenkt, dass das Studium, gemessen an den Leistungsanforderungen, ein Vollzeitjob ist, wird einem bewusst, was das insgesamt für eine Arbeitsbelastung darstellt. Sollte sich das Studium dann verzögern oder in einer bestimmten Zeit nicht genug Leistungen nachweisbar sein, drohen BAföG-Streichungen, Studienzeitverlängerungen oder gar Exmatrikulation.

Viel Wahlfreiheit und Gestaltungsspielraum hat der Bologna-Prozess in der Bildungslandschaft der Hochschulen nicht mehr übrig gelassen! Mit starren Modulvorschriften und engen Modulabfolgen ist von einer Idee der freien Gestaltung des Studiums weit und breit nichts zu sehen. Hinzu kommt der spürbare Druck, jeden Schritt in unserem Bildungsweg auf den Arbeitsmarkt auszurichten. Der Ratschlag „Mach was

Gescheites“ klingt uns allen in den Ohren. Ob das „Gescheite“ uns aber interessiert, ob es unseren Neigungen und Bedürfnissen entspricht, wird selten gefragt. Ein Engagement im sozialen, politischen oder gewerkschaftlichen Umfeld wird ebenfalls eher negativ bewertet. Alles muss in irgendeiner Form zur Formel „Macht sich gut im Lebenslauf“ passen. Wenn das nicht zutrifft, ist es nichts wert. Wen juckt es, ob man sich für Demokratie, Toleranz und Freiheit einsetzt? Das scheint nicht halb so viel wert zu sein, wie ein Praktikum bei Google oder McKinsey.

## Fazit und Ausblick: Bildung ist, kann und muss so vieles!

.....

Anfangen von „Du bist frei alles zu tun, alle Türen stehen offen“ kommen wir zu „Aber nur unter der Bedingung, dass du weder körperlich noch geistig beeinträchtigt bist, nur wenn du in allen Fächern in einer exakt vorgegebenen Zeit mithalten kannst, nur wenn deine Eltern genug Geld haben und dich genug fördern, nur wenn du das ‚Gescheite‘ studierst oder die ‚gescheite‘ Ausbildung machst und nur wenn du auch ja das tust, was sich im Lebenslauf gut macht“.

”

**Wer anderen  
die Freiheit verweigert,  
verdient sie nicht  
für sich selbst.**

Abraham Lincoln

Es kommt also nicht in erster Linie auf unsere Wünsche, Träume, Bedürfnisse und Neigungen an. Wenn wir von Freiheit in der Bildung reden, ist es oft die Freiheit der anderen: Die Freiheit der ArbeitgeberInnen, der Wirtschaft und letztendlich des Marktes. Die Freiheit, Menschen zu selektieren, auszubeuten und gewinnbringend zu nutzen. Das ist nicht die Freiheit, die wir uns in Sachen Bildung vorstellen. Deshalb ist es wichtig, weiterhin für einen freien Zugang zu Bildung und für ein offenes, durchlässiges Bildungssystem zu kämpfen und die Barrieren und Hürden immer weiter anzuprangern und uns gegen sie zu positionieren.

Bildung wie wir sie verstehen, hat nicht zum Ziel, ein Zertifikat über erlernte Fähigkeiten zu erhalten – es geht vielmehr darum, die Welt und sich selbst verstehen zu lernen und den umfassenden Zusammenhang zu begreifen. Wer diesen Prozess durchläuft, verhindert, Opfer zu werden, denn er/sie kann von Politik oder Werbung, von populistischer Verklärung oder utopischem Fanatismus nicht so leicht hinters Licht geführt werden.

Gebildet sein, im Sinne von aufgeklärt, kritisch und reflektiert, erfordert, sich zu fragen, worin unser Wissen und Verstehen besteht und welche Grenzen es hat. Dieser Reifeprozess verlangt Zeit und Freiheit – in Zeiten von G8/9-Debatten und Bachelorstudiengängen hat Bildung nichts mit diesem Reifeprozess zu tun. Aber genau dieser Reifeprozess ist zentral für zahlreiche Dinge in unserer Gesellschaft: etwa die Gestaltung des TV-Programms, die negative Nutzung des Internet durch Cyber-Mobbing oder Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung von Minderheiten, aber auch Umweltverschmutzung, Politik- und Parteienverdrossenheit, die auf einer zu geringen Wertschätzung unserer biologischen, gesellschaftlichen und politischen Umgebung bezogen werden kann.

Damit sind wir an den Grundpfeilern unseres Zusammenlebens angelangt und es zeigt sich: Nachdenken über den Bildungsbegriff und die Forderung nach einer höchst möglichen Freiheit in der Bildung geht einher mit dem Nachdenken über die Werte



in unserer Gesellschaft und somit auch über unsere Identität.

Freiheit kann in weiten Teilen erst durch Bildung erlangt werden und Bildung kann ihre Wirkmächtigkeit nur dann entfalten, wenn sie durch einen höchsten Grad an Freiheit gekennzeichnet ist.

**Yasin Cetin**

*ehemaliger Koordinator  
der Juso-Hochschulgruppen in Bayern,  
Bamberg*

**Politische Schwerpunkte:**  
*Hochschul- und Bildungspolitik,  
Internationales*



# Die Gedanken sind frei!



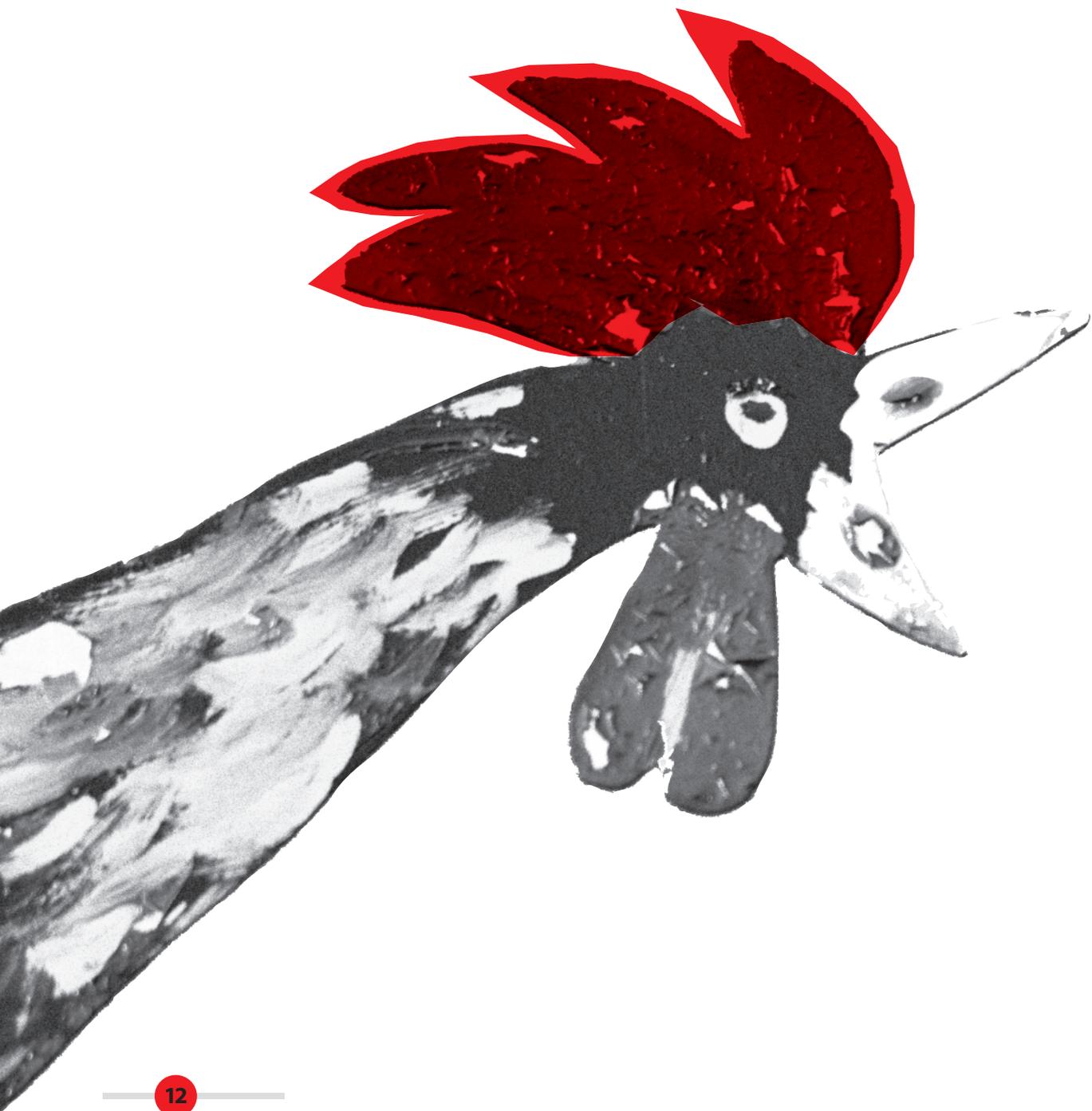
1. Die Ge - dan - ken sind frei, wer kann sie er - ra - ten? Sie flie - gen vor-



bei wie nächt - li - che Schat - ten. Kein Mensch kann sie wis - sen, kein



Jä - ger sie schie - ßen. Es blei - bet da - bei: Die Ge - dan - ken sind frei.





## Historische & politische Bedeutung

---

Immer wieder war das Lied in Zeiten politischer Unterdrückung oder Gefährdung Ausdruck für die Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit.

Im 19. Jahrhundert wurde das Lied im deutschen Sprachraum zur Einforderung akademischer Freiheit und Meinungsfreiheit nach den Karlsbader Beschlüssen gesungen.

Der Vater Sophie Scholls wurde Anfang August 1942 wegen hitlerkritischer Äußerungen inhaftiert. Sophie Scholl stellte sich abends an die Gefängnismauer und spielte ihrem dort einsitzenden Vater auf der Flöte die Melodie vor.

Am 9. September 1948, auf dem Höhepunkt der Berliner Blockade, hielt Ernst Reuter vor über 300.000 BerlinerInnen vor der Ruine des Reichstagsgebäudes seine Rede, in der er an „die Völker der Welt“ appellierte, die Stadt nicht preiszugeben. Nach dieser Rede erklang spontan aus der Menge u. a. das Lied „Die Gedanken sind frei“.

Auch in der tagespolitischen Auseinandersetzung gegen staatliche Überwachung und Restriktion wird das Lied häufig gesungen.

Quelle: Wikipedia



DONT WANN A BE  
YOUR FRIEND  
ON FACEBOOK

# Freiheit real oder virtuell?

*Zur Lage der Freiheitsrechte in der schönen neuen Welt des Internets.*

**W**ie wichtig es vielen Menschen ist, das Internet als Kommunikations-, Informations- und Unterhaltungsmedium möglichst frei zu nutzen, zeigen die Proteste und Demonstrationen in Ungarn im Herbst 2014. Etwa Zehntausend BürgerInnen gingen in Budapest auf die Straßen, um ihren Ärger über den Vorschlag des Wirtschaftsministers Mihály Varga auszudrücken, eine Internetsteuer einzuführen. Im Netz gibt es alles für jede/n – immer und überall – und vor allem gibt es Transparenz, Grenzenlosigkeit und Freiheit. Das zumindest ist die Idee des Internets. Und wie sieht es nun wirklich aus?

## Ein Rückblick

.....

Blickt man auf die rechtlichen Regelungen der letzten Jahre, die in Hinblick auf das Internet festgelegt wurden, zeigt sich, dass wir vieles eingebüßt und zu viele Einschränkungen ohne oder mit nur minimaler Gegenwehr hingenommen haben: Softwarepatente, das Ende der Netzneutralität, lückenlose Datenüberwachung, ein Killer-Urheberrecht – alles im Namen der Sicherheit oder der Vereinheitlichung von Regeln, die letzten Endes nur dem Markt dienen, und nicht uns! Und dabei ist diese Entwicklung nicht neu, sondern seit Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahr-

hunderts vorherzusehen. Schon 1987 wurde der Paragraph 202a ins Strafgesetzbuch geschrieben, der sogenannte *Hacker-Paragraph*:

*(1) Wer unbefugt sich oder einem anderen Zugang zu Daten, die nicht für ihn bestimmt und die gegen unberechtigten Zugang besonders gesichert sind, unter Überwindung der Zugangssicherung verschafft, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.<sup>1</sup>*

In den Achtzigern galt es unter Nerds noch als Sport, in die europäischen und amerikanischen Großrechner einzusteigen und da beispielsweise Chatsysteme einzurichten, sich Kleinkriege mit den Admins der Maschinen zu liefern oder Daten zu zerstören oder mitgehen zu lassen. Frühe Gesetze gegen Datenspionage, die während dieser Zeit in vielen Staaten eingeführt wurden, schufen zwei mögliche Bewegungsrichtungen für die Leute, die an die Selbstregulierungskräfte im frühen Internet glaubten: man konnte in den Untergrund gehen oder sich legalisieren. Letzteres hat der Chaos Computer Club gemacht, der im Laufe seiner Existenz immer mehr zum Sprachrohr einer digitalen Bürgerrechtsbewegung wurde. Das Internet als Raum kam spätestens mit dem World Wide Web so richtig in die Köpfe der Leute – und wie das bei jeder terra incognita der Fall ist, wurden Gebiete beansprucht, Utopien entworfen, eine neue Gesell-

schaft in neuen Räumen sollte entstehen, öffentlich, liberal, regelarm. Mitte der Neunziger entstand so eine Entdecker-Mentalität und das Gefühl, den neu erfundenen Raum mit all seinem Chaos und seiner Regellosigkeit gegen äußere und nationalstaatliche Einflüsse verteidigen zu müssen; die *Declaration of the Independence of Cyberspace* entstand, geschrieben von John Perry Barlow:

*Governments of the Industrial World, you weary giants of flesh and steel, I come from Cyberspace, the new home of Mind. On behalf of the future, I ask you of the past to leave us alone. You are not welcome among us. You have no sovereignty where we gather. [...] You have not engaged in our great and gathering conversation, nor did you create the wealth of our marketplaces. You do not know our culture, our ethics, or the unwritten codes that already provide our society more order than could be obtained by any of your impositions. You claim there are problems among us that you need to solve. You use this claim as an excuse to invade our precincts. Many of these problems don't exist. Where there are real conflicts, where there are wrongs, we will identify them and address them by our means. We are forming our own Social Contract. This governance will arise according to the conditions of our world, not yours. Our world is different. [...] We believe that from ethics, enlightened self-interest, and the commonweal, our governance will emerge. Our identities may be distributed across many of your jurisdictions. The only law that all our constituent cultures would generally recognize is the Golden Rule.<sup>2</sup>*

In dieser Erklärung wird die Idee einer Regierbarkeit des Internets durch außenstehende Kräfte zurückgewiesen. Mit der „Golden Rule“ wird auf den alten und bekannten Grundsatz der praktischen Ethik verwiesen: Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst! Man muss hier wohl hinzufügen: Barlows Schöne Neue Welt hatte zu dem Zeitpunkt noch keine Trolle, kein 4chan, kein #gamergate.

## Kapitalismus regiert im Internet

.....

Als ich um die Jahrtausendwende in den Chaos Computer Club reindiffundiert bin, war gerade die große Zeit der Computerviren und -würmer. Zum ersten Mal bemerkbar für einen relevanten Prozentsatz

an BenutzerInnen gab es Schadsoftware, die Computer zu Dingen veranlassten, über die man die Kontrolle verloren hatte. Und dort, wo die Selbstverständlichkeit von Brechts Radiotheorie auf das Unverständnis von Technologie traf, die man für Magie hielt, bildete sich ein Wildwuchs panischer RegelmacherInnen, die eindämmen wollten, was sie nicht verstanden. Ihnen gegenüber steht bis heute ein immer weiter marginalisierter Kern von FreiheitsprotestlerInnen. Erfolgreich in der Gestaltung des Netzes war jedoch weder die nationalstaatliche Regelwut noch das Aufbegehren der InternetaktivistInnen. Denn das Internet veränderte sich stetig.

Mit eBay und Amazon wurde den Letzten klar: Das Internet kann ein Instrument zum Geldverdienen sein. Und wo Geld verdient wird, gibt es Missbrauch und dementsprechend Regulierungsbedarf. Google hat uns gezeigt, dass alles durchsuchbar ist. Und wo man alles finden kann, gibt es Interessen, das Gefundenwerden (oder das Nichtgefundenwerden) zu einem Produkt zu machen – mit allen Auswirkungen auf die Neutralität der Suchergebnisse. Soziale Medien wie Facebook und Twitter präsentieren uns auf einmal nicht mehr alles, sondern Nachrichten, Produkte und Postings anhand von auf die UserInnen zugeschnittenen Algorithmen. Die Regulierungsmacht der Anbieter nimmt uns mehr und mehr von der Souveränität, die wir dachten im Internet zu besitzen, und gibt uns dafür das, was wir offenbar haben wollen: die Bequemlichkeit des Onlineshoppens, des Suchens und der Erreichbarkeit von Freunden.

## Freiheit 2.0 verteidigen

.....

Dass im Internet Freiheit, Gleichheit (von Bits) und Schwesterlichkeit schon lange nicht mehr gelten, das ist den meisten UserInnen gar nicht bewusst. Die digitale Revolution hat ihre eigenen Kinder schon längst gefressen. Anders ist nicht zu erklären, warum immer neue Katastrophenmeldungen aus dem Internet mit immer größerem Desinteresse aus der Gesellschaft quitiert werden. Das ist schade, denn das Netz kann bis heute ein gigantisches soziales Experimentierfeld sein. Und das ist auch dann interessant, wenn diese Experimente scheitern, wie das sehr simple Beispiel anonymer Kommunikation im Internet zeigt. Schon in den pseudonymen Diskussionsgruppen des Usenet und später in anonymen Foren und Message Boards wie 4chan, aber eben auch auf Facebook ist die Debattenkultur unterirdisch! Doch welche Macht ein anonymer Mob hat, wird vor allem in ein paar Fällen



deutlich, z.B. bei Jessi Slaughter.<sup>3</sup> Als die anonymen UserInnen in 4chans subboard /b/ auf Jessi aufmerksam wurden, war sie elf Jahre alt und machte provokative Youtubevideos. Die UserInnen machten mit ihr das, was man heute „doxing“ nennt – sie veröffentlichten Jessis Privatadresse, ihre Telefonnummer, sie stahlen Bilder von ihrer Festplatte, riefen sie mitten in der Nacht an und brachten sie wortwörtlich in die geschlossene Anstalt. For the lulz. Dies kann durchaus als Geburtsstunde des Begriffs „Troll“ genannt werden, der freilich eine inhärente Begleiterscheinung des Netzes ist. Zum anderen brachte /b/ auch Anonymous hervor, den politischen Arm von 4chan, der sich vorrangig mit Scientology-Kritik bekannt machte und dessen Erkennungszeichen, die Guy-Fawkes-Maske, mittlerweile als Symbol sozialer Proteste weltweit dechiffriert wird.

Wir müssen Fälle wie den von Jessi nicht in Kauf nehmen, um die Anonymous-Bewegung zu erhalten. Vielmehr müssen wir uns als Gesellschaft fragen, wie wir mit dem globalen Raum umgehen wollen, den wir uns selbst erschaffen haben. Wie nutzen wir dessen Ressourcen, wie gehen wir mit dem offensichtlichen Scheitern dessen um, was gleichzeitig einer der größten Vorteile dieser temporären autonomen Zone

ist, die ja nur noch nominell der Definition entspricht, die Hakim Bey Anfang der Neunziger entworfen hat.<sup>4</sup>

Wir haben so elementare Menschenrechte wie das Recht auf Privatsphäre und persönliche Entfaltung in den Räumen, die wir körperlich bevölkern. Diese Rechte im Internet zu unterhöheln und ihn damit zu einem zweitrangigen Raum zu deklassieren, untergräbt gleichzeitig die Chancen, uns in unserer Menschwerdung weiterzuentwickeln.

Die Antwort auf diese Fragen ist komplex und kann nicht blind „mehr Regeln“ heißen. Momentan heißt sie eher „Freiheit verteidigen“, bevor der letzte Rest dieses verheißungsvollen Utopias endgültig verschwindet unter den Bergen kommerzieller und rechtsstaatlicher Interessen. Aber Freiheit muss auch von einer starken und wehrhaften Gesellschaft ausgehalten werden. Deshalb: Erkennt, wann eure Freiheiten im Internet begrenzt werden und verteidigt eure Freiheiten in der virtuellen Welt ebenso wie eure Freiheiten in der realen Welt.

1 <http://dejure.org/gesetze/StGB/202a.html>

2 <https://projects.eff.org/~barlow/Declaration-Final.html>

3 <http://knowyourmeme.com/memes/events/jessi-slaughter>

4 [http://en.wikipedia.org/wiki/Temporary\\_Autonomous\\_Zone](http://en.wikipedia.org/wiki/Temporary_Autonomous_Zone)

**Tina Lorenz**  
seit März 2014 Stadträtin der Piraten  
in Regensburg. Interessiert sich  
mandatsgemäß für Kläranlagen und  
Betonteile, macht aber ansonsten  
gerne Kultur- und Digitalpolitik,  
was sich besonders im Faible für  
Open Data und der Kulturgut-  
digitalisierung äußert.



# Sich frei bewegen – Barrierefreiheit in Bayern

„**B**ayern wird in zehn Jahren komplett barrierefrei“, das hat Horst Seehofer in seiner Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl 2013 angekündigt. Hinter diesem kurzen Satz stecken aber enorme Herausforderungen. RollstuhlfahrerInnen brauchen Rampen – das ist heutzutage auch Menschen bewusst, die nicht selbst Rollstuhl fahren. Doch anders als viele denken, reichen breite Türen und Rampen allein nicht aus, um Barrierefreiheit herzustellen, geschweige denn, um ein Leben voll freier Entscheidungen zu gewährleisten.

## „Barrierefreiheit“ – viel mehr als man denkt

Am 13. Dezember 2006 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) von den Vereinten Nationen in New York verabschiedet. Die Konvention beinhaltet Forderungen und Maßnahmen, um die Lebenssituation behinderter Menschen zu verbessern und ihnen die gleichberechtigte Teilhabe bzw. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Was gemäß der UN-BRK unter „Barrierefreiheit“ zu verstehen ist, wird in Artikel 9 deutlich:

*Um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen mit dem Ziel, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten. (...)*

Inklusion muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Lebensqualität aller BürgerInnen steigern wird, verstanden werden. Der Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum ist auch für gesunde Menschen nur zum Vorteil. Leider wird dies aber von den wenigsten erkannt.

Die aufgezählten Handlungsfelder betreffen alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens und sind im Detail äußerst umfangreich. Nehmen wir als Beispiel die Schaffung einer barrierefreien Umwelt, die wohl die wichtigste Voraussetzung im Hinblick auf eine selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ist. Unter diesen Aspekt fallen aber eben nicht nur barrierefreie Wohnungen, sondern auch ein barrierefreies Lebensumfeld: auch Arztpraxen, Krankenhäuser, Apotheken, Behörden, Einkaufsläden und Schulen, aber auch Sehenswürdigkeiten und Kulturangebote müssen für alle Menschen problemlos zugänglich sein. Auch der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln fällt unter die Zielvorgabe, dass alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können. Insgesamt ist der gesamte Reiseweg betroffen, alle Bahnhöfe oder eben auch der Flugverkehr. Hier geht es aber nicht nur um den Bau von Personenaufzügen. Es geht um Blindenleitsysteme, barrierefreie Querungsstellen (Bordsteine etc.), stufenfreie Gehwege mit Anti-Rutsch-Beschichtungen, nachtleuchtende Leitsysteme, taktile Orientierungshilfen, Hinweisschilder mit tastbarer Beschriftung, leicht verständliche Piktogramme zur besseren Orientierung und vieles mehr.

Aktuell sind es leider immer noch überwiegend die Betroffenen selbst oder die sie vertretenden Organisationen und Verbände, die die Initiative ergreifen müssen, damit sich bei der Umsetzung der UN-BRK und auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft etwas bewegt. Dabei wurde die UN-BRK von Deutschland am 26. März 2009 ratifiziert und ist somit geltendes Recht in Deutschland. Neben der UN-BRK sind aber auch im Grundgesetz Regelungen verankert, die auf das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, barrierefreie Teilhabe und Inklusion für Menschen mit Behinderung verweisen. In Art. 1 Abs. 1 im Grundgesetz heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Und im GG Artikel 3 Abs. 3 steht: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“. Auch andere Gesetze und Verordnungen werden nicht konsequent angewandt und umgesetzt – zum leidvollen Nachteil von Menschen mit Behinderung. So heißt es in § 1 des Behindertengleichstellungsgesetz von 2002: „Ziel dieses Gesetzes ist es, die Benachteiligung von behinderten Menschen zu besei-



tigen und zu verhindern sowie die gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.“

Ausdrücklich wird dort auch auf die zu schaffende Barrierefreiheit verwiesen, doch die Umsetzung wird nur schleppend vorgebracht. Hinzu kommt: Die UN-BRK und der Grundgedanke von Inklusion sind den meisten Menschen leider immer noch nicht bekannt! Meine Erfahrungen sind, dass bei den Verantwortlichen in den öffentlichen Verwaltungen und Ämtern und auch in den Köpfen von PlanerInnen und ArchitektInnen, die Idee der Inklusion und inklusives Handeln noch nicht so verankert ist, wie es die UN-BRK vorgibt.

## Barrierefreiheit und Inklusion

.....

Der Begriff „Barrierefreiheit“ ist vielfältig und bezieht sich nicht nur auf Menschen mit Behinderung, sondern auf alle Menschen in unterschiedlichsten Lebensbereichen. Das macht auch die UN-BRK deutlich, in der der Blickwinkel nicht mehr auf die Integration von sog. „ausgegrenzten“ Gruppen gerichtet ist, sondern auf die Inklusion.

Inklusion beschreibt die Gleichwertigkeit eines jeden Menschen, ohne dass dabei Normalität vorausgesetzt wird. Normal ist vielmehr die Vielfalt, das Vorhandensein von Unterschieden. Die einzelne Person ist nicht mehr gezwungen, nicht erreichbare Normen

zu erfüllen. Vielmehr ist es die Gesellschaft, die Strukturen schafft, in denen sich Personen mit Besonderheiten einbringen und auf die ihnen eigene Art wertvolle Leistungen erbringen können. Die Forderung nach Inklusion ist verwirklicht, wenn jeder Mensch in seiner Individualität von der Gesellschaft akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben und teilzunehmen. Inklusion muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Lebensqualität aller BürgerInnen steigern wird, verstanden werden.

Der Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum ist auch für gesunde Menschen nur zum Vorteil. Er wird aber auch dazu beitragen, dass sich ältere Menschen freier bewegen können und länger am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Auch für Kinder kann eine barrierefreie Umwelt nur Erleichterung bringen. Leider werden diese vielfältigen Verbesserungen und Chancen aber noch von den wenigsten erkannt. Hier ist es wichtig, etwa durch Nachschulungen des entsprechenden Personals oder eben durch Informationskampagnen Bewusstsein zu schaffen. Aber es sind weitere Schritte nötig: Besonders die Politik muss in erster Linie auf allen Ebenen unseres Staates mithelfen, die UN-BRK umzusetzen. Da helfen keine Lippenbekenntnisse, sondern es müssen konkret Änderungen von Gesetzen, Vorschriften, Richtlinien und Durchführungsbestimmungen vorangetrieben und auch neue auf den Weg gebracht werden. Die Finanzierungsbeteiligung von Bund, Ländern, Bezirken und Kommunen an den notwendigen Maßnahmen muss neu geordnet werden. Das betrifft besonders die Kostenübernahme und Zuschussung von

Hilfsmitteln und barrierefreiem Wohnraum. Auch der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Altbauten und Sehenswürdigkeiten des Tourismus müssen auf den Prüfstand. Die Sozialgesetzbücher müssen hinsichtlich der Finanzierung von Hilfsmitteln und selbstbestimmter Teilhabe für die Betroffenen überarbeitet und angepasst werden.

Inklusion erfordert die Anpassung der Gesellschaft und nicht die Anpassung des Menschen mit Behinderung. Es muss ein Umdenkungsprozess bei allen Menschen in allen Lebensbereichen in Gang gesetzt werden. Über die Politik muss ein breiter Konsens mit allen beteiligten Stellen gefunden werden – angefangen von den Verwaltungen und Genehmigungsbehörden, den ArchitektInnen und StadtplanerInnen, der Industrie und dem Handwerk, den Einzelhandelsverbänden und Baulastträgern bis hin zu den Kirchen. Nur in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Betroffenen selbst, den Behindertenverbänden und Organisationen ist es möglich, barrierefreie Zugänge, Örtlichkeiten und Einrichtungen zu schaffen, so wie es die UN-BRK vorgibt.

Mit dem letztgenannten Punkt ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt der UN-BRK genannt: Um den Bedürfnissen und Anliegen behinderter Menschen gerecht zu werden, müssen diese aktiv in die Debatte mit einbezogen werden nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns“.

Und diese Botschaft, dass die betroffenen Menschen an der Entscheidungsfindung für die sie betreffenden Angelegenheiten beteiligt werden, ist mit ein Grund, warum ich mich politisch in der SPD und der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv engagiere.

Nur wir als Betroffene können, so zu sagen als Fachleute in eigener Sache, authentisch und fachlich richtig berichten und somit zu sachlichen und zielorientierten Diskussionen und Entscheidungen beitragen.

## Barrierefreiheit in Bayern – ein langer Weg

Die Zielsetzung der bayerischen Staatsregierung eines komplett barrierefreien Bayern bis zum Jahr 2023 ist sehr ehrgeizig und erfordert einen politischen und finanziellen Kraftakt. Das Investitionsprogramm Bayern Barrierefrei 2023 muss deshalb mit erheblichen Mitteln ausgestattet werden. Bei der Entwicklung und Umsetzung eines Aktionsplans zur schrittweisen Verwirklichung der Barrierefreiheit in Bayern sind die verschiedenen kommunalen Ebenen, alle betroffenen gesellschaftlichen AkteurInnen und die betroffenen

Menschen mit Behinderungen aktiv zu beteiligen. Sechzehn Modellkommunen sollen in den nächsten Monaten zusammen mit ihren BürgerInnen und den Behindertenverbänden Maßnahmen zur Schaffung von Barrierefreiheit erarbeiten. Das Ziel: Städte und Gemeinden sollen zukünftig durchgehend so gestaltet sein, dass alle Bürgerinnen und Bürger, seien es Eltern mit Kleinkindern oder ältere Mitbürger mit dem Rollator, selbstbestimmt alltägliche Bedürfnisse erfüllen können.

Es ist geplant, die Erkenntnisse der Modellphase in einem Leitfaden zur Hilfestellung für alle Kommunen in Bayern zusammenzustellen. Bei der zentralen Frage der Finanzierung rudert die bayerische Staatsregierung allerdings bereits wieder zurück.

Wirklich zuständig – also auch für die Finanzierung – fühlt sich die Regierung nur für den staatlichen Bereich, sagte Ministerpräsident Horst Seehofer. Er wolle aber darauf hinwirken, dass Kommunen, private Träger und Unternehmen wie etwa die Bahn, ihrer Verantwortung ebenfalls nachkämen. Seehofer glaubt, mit seinem Appell eine „große Bewegung“ anstoßen zu können. An mehr Geld für die Kommunen oder die Bahn, damit sie diese Aufgabe bewältigen können, sei aber derzeit nicht gedacht.

Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Bayern bis 2023 komplett barrierefrei zu machen, halte ich daher schon wegen der Finanzierungsprobleme für nicht erreichbar. Im Idealfall ist meiner Meinung nach eher von einem Zeitbereich von einer bis zwei Generationen auszugehen.

Barrierefreiheit für alle ist das Ideal, dem sich die Realität annähern muss. Zugunsten der Menschen mit Behinderung, aber auch mit Blick auf Menschen ohne Einschränkungen. Unsere gesamte Gesellschaft muss daran mitwirken, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu verwirklichen, so dass alle Menschen gleichberechtigt, selbstbestimmt und barrierefrei am Leben teilhaben und teilnehmen können.

**Karl Brunnbauer**  
stellv. Vorsitzender  
Arbeitsgemeinschaft  
Selbst Aktiv, Menschen  
mit Behinderung in der  
BayernSPD,  
Vorsitzender AG Selbst  
Aktiv Oberpfalz-SPD;  
Regensburg

**Politische Schwerpunkte:**  
Inklusion und Teilhabe,  
Sozialpolitik (Schwerpunkt  
Behindertenpolitik),  
Kommunal- und  
Stadtteilpolitik



# Frei entscheiden! Wahlalter absenken!

Ein Kommentar einer 17-Jährigen.



**B**ei Kommunalwahlen darf man es in Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Bremen, Berlin und Schleswig-Holstein. Für die Landesebene darf man es nur in den vier letztgenannten Bundesländern. Das Wählen mit 16.

Seit Jahren diskutieren PolitikerInnen und engagierte junge Menschen das Für und Wieder der Senkung des Wahlalters. Aber was spricht dafür und was dagegen? Und was ist der richtige Weg?

Die Argumentation ist dabei im Grunde immer die gleiche: Unter anderem lautet einer der Vorwürfe an die jungen Menschen, dass diese mit 16 Jahren eher ihre Stimme einer rechtsextremen und demokratiefeindlichen Partei geben würden, als mit 18. Diese Aussage fußt auf dem Bild einer naiven, leicht beeinflussbaren Jugend, die nicht ernstgenommen werden kann, aufgrund ihrer wechselnden Wahlentscheidungen. Von der NPD zur SPD und das nur wegen zwei Jahren Altersunterschied? Eher unrealistisch.

Weiter reden die Feinde einer solchen Wahlreform vom fehlenden Interesse der Jugendlichen gegenüber der Politik. Doch dem ist nicht so! Das Problem liegt ganz anders begründet: Die Jugendlichen fühlen sich vielmehr übergangen. Bisher wird in der

Politik nur über diese Generation diskutiert, aber nicht mit ihr. Das kann keine Lösung sein, denn auch die unter 18-Jährigen müssen ihre Anliegen an politische RepräsentantInnen herantragen können, die sie durch ihre Stimme ins Amt gerufen haben. Dies ist umso wichtiger, wenn es – wie so oft im politischen Alltag – um Sachen geht, die die Jugendlichen selbst betreffen. Ihre Meinung wird nicht angehört bzw. interessiert sie scheinbar wenig.

Auch das fehlende Verantwortungsbewusstsein für ihre Zukunft wird jungen Menschen oft vorgeworfen. Doch auch diese Vorwürfe erweisen sich als nicht stichhaltig.

Wenn man im vergangenen Jahr beispielsweise die Proteste zum Probe-Zentralabitur und der Wertung der Noten betrachtet, sieht man ganz klar, dass die Jugendlichen ihre Zukunft fest im Blick haben – und sich auch trauen, politisch das Wort zu ergreifen, wenn es die Situation verlangt.

Durch die Senkung des Wahlalters könnte man auch ein bisschen dem demografischen Wandel entgegenzutreten. Die Politik würde sich automatisch für diese neue WählerInnengruppe stärker interessieren und sich stärker nach ihren Bedürfnissen ausrichten, als dass diese einfach unbeachtet hinten runterfallen würden.

Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass eine Reform der Wahl dringend notwendig wäre. Pflichten haben wir Jugendlichen – wenn man nur mal das Abitur mit 17 anschaut oder die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt. Aber haben wir auch Rechte? Viel zu wenige, würde ich sagen! 18 ist eine willkürliche, leicht verschiebbare Grenze. Man sollte sie nach unten legen – gerne auch tiefer als 16.

**Anna Tanzer**

Vorsitzende Juso-Unterbezirk Bayreuth,  
Mitglied des Juso-Bezirksvorstands  
Oberfranken

**Politische Schwerpunkte:**  
Innenpolitik, Kampf gegen Rechts,  
Gleichstellungspolitik/Feminismus



# Legalize it!

Wie konservative Drogenpolitik am Verbot von Cannabis festhält.

**D**ass der Konsum von Cannabis Teil der politisch zurzeit enorm umworbenen selbsternannten „Mitte“ geworden ist, ist Fakt und das nicht erst seit heute. Das spiegeln auch die Zahlen der Suchtbeauftragten der Bundesregierung wider, denen zufolge 2011 über 39 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 mindestens einmal Cannabis konsumiert haben. Es ist damit auch die am meisten konsumierte illegale Substanz, denn der Cannabiswirkstoff Tetrahydrocannabinol (THC) zählt qua Gesetz in Deutschland zu den sogenannten „nicht verkehrsfähigen Stoffen“. Das heißt, Anbau und Herstellung, Handel, Erwerb und Besitz von Cannabis sind strafbar. Doch warum eigentlich?

Das Verbot wird meist mit folgenden Punkten begründet: Cannabis sei eine Einstiegsdroge zu so genannten „harten Drogen“, der Cannabiskonsum sei äußerst schädlich und die Gesellschaft trage über die Krankenversicherungsbeiträge auch noch die Kosten mit, die durch Therapie und Behandlung von Cannabis-Konsumierenden entstehen und die im Falle einer Legalisierung natürlich deutlich anwachsen würden, denn dann würde jede/jeder ja mal das Kiffen ausprobieren wollen.

## Verbote kriminalisieren

Wer sich mit diesen scheinbaren Argumenten auseinandersetzt, der sollte in jedem Fall auch die Situation einbeziehen, die durch das Verbot von Cannabis entsteht. Trotz verschiedener Studien zum Für und Wider der Schädlichkeit von Cannabis auch im Vergleich mit anderen Drogen, steht, wie oben beschrieben, fest: Es wird Cannabis konsumiert und das querebet durch die gesamte Gesellschaft. Die geltende repressive Drogenpolitik konnte das bisher nicht verhindern, sondern überträgt den Cannabiskonsum auf den Schwarzmarkt. Und genau hier kann Cannabis erst zu einer Einstiegsdroge werden, wenn nämlich die Person, von der ich meine Drogen beziehe, im Illegalen arbeitet und Stück für Stück versucht, mir weitere Dinge anzubieten. In einem legalen und somit kontrollierten Verkaufsrahmen ist die Wahrscheinlichkeit, dass dies passiert, weitaus geringer. Cannabis ist dann



keine andere „Einstiegsdroge“ mehr, als es Zigaretten und Alkohol sind, die ich ganz legal im Supermarkt kaufe.

Und der Schwarzmarkt bietet ein weiteres Gefahrenpotential: die Streckung. Die größte Bleivergiftung nach dem zweiten Weltkrieg gab es in Leipzig wegen gestrecktem Cannabis. Auch in München und vielen anderen Regionen kam eine solche Streckung oder eine, die durch andere Stoffe wie etwa Haarspray hergestellt wurde, vor. Hier entsteht also ein für die Konsumierenden überhaupt nicht einzuschätzendes Gefahrenpotential, denn beim Kauf der Cannabisprodukte wissen sie nicht, ob bzw. welche weitere Substanzen beigemischt wurden.

Die aktuell betriebene Drogenpolitik hat aber noch eine andere Auswirkung: Hinter dem abstrakten Begriff „Schwarzmarkt“, der die Nachfrage befriedigt, steckt nicht nur ein Weg, Geld durch Drogenhandel zu verdienen. Der konsumierende Mensch finanziert auf diese Weise auch meist Menschenhandel, Waffenschleuderei und andere Verbrechen mit, ohne dies zu beabsichtigen.

Vor dem Hintergrund eines ansteigenden Konsums von Cannabis und den eben genannten Effekten des Schwarzmarktes zeigt sich: Das Verbot scheint den Cannabiskonsum kaum effektiv zu bekämpfen, sondern es führt nur dazu, dass die Konsumierenden kriminalisiert werden, dass sie sich einer höheren Gefahr aussetzen, als sie es eigentlich wollen, und dass ein Markt für organisierte Kriminalität entsteht.



## Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.

Rosa Luxemburg

Warum aber werden an dieser Stelle nicht die Kosten der Repression gespart, Cannabis wie Tabak besteuert und das Geld in Präventionsprojekte investiert? Eine Studie des britischen Unterhauses aus dem Jahr 2000 schätzt, dass durch eine Cannabissteuer der britische Staat etwa 1 Mrd Pfund (ca. 1,2 Mrd. Euro) Mehreinnahmen pro Jahr hätte, wenn eine Steuer in gleicher Höhe der dortigen Zigarettensteuer angewendet werden würde. Warum kümmert man sich um die Menschen erst, wenn sie durch den Erwerb und Konsum zu VerbrecherInnen werden oder durch Streckmittel o.ä. erkranken? Warum macht man aus der Cannabis-Sache keine legale und stellt es Erwachsenen wie bei Tabak und Alkohol frei, mit dieser Art von Droge in der jeweils als vernünftig eingeschätzten Weise umzugehen?

Die konservative Verbotspolitik heuchelt an dieser Stelle eine moralische Fürsorgepflicht vor – die Menschen müssten vor Cannabis geschützt werden, sonst drohen psychisches und physisches Kräfteversagen. Doch gerade das gelegentliche Kiffen, das in weiten Kreisen der Gesellschaft verbreitet ist, führt eben nicht zu dauerhaften Schädigungen. Und dass das Verbot nichts mit Prävention zu tun hat, zeigt schon die Tatsache, dass in Deutschland die Verbreitung von Cannabis höher ist, als in den Niederlanden, wo der Cannabiskonsum eher toleriert wird. Wie stark hier in Deutschland an der These festgehalten wird, Cannabis sei eine schlimme Droge, die es in allen Bereichen zu verbannen gilt, zeigt ein Blick in den medizinischen Bereich.

## Cannabis als Schmerzmittel

Selbst hier musste die Cannabis-Nutzung trotz des Vorliegens zahlreicher Studien Schritt für Schritt erkämpft werden. So mussten 2014 drei kranke Menschen vor Gericht erkämpfen, Cannabis als Schmerzmittel nutzen zu dürfen. Dies war ein Sieg über das Gesundheitsministerium, das in diesem Fall das Leiden dieser kranken Menschen gegenüber einem sogenannten „Schutzinteresse“ der Bevölkerung zurück-

stellen wollte. Das Urteil wurde allerdings damit begründet, dass keine anderen Schmerztherapien funktionierten. Hätte sich also herausgestellt, dass Opiate oder vergleichbare Stoffe helfen, wäre man juristisch mit der Durchsetzung der Cannabis-Nutzung gescheitert. Besonders im Kontext der Schmerzbekämpfung ist die Situation paradox. Opiate werden oft bei älteren und schwer kranken PatientInnen im Rahmen einer Schmerztherapie eingesetzt. Sieht man sich den „Roques-Report“ an, der im Auftrag des französischen Gesundheitsministeriums erstellt wurde, weist dieser eine deutlich stärkere Gefährdung für psychische oder körperliche Abhängigkeit oder für Nervenschädigungen etwa durch Opiate auf als durch Cannabinoide.

Die bürgerliche Moral und Rechtsprechung ist in diesem Punkt vollkommen verlogen und lässt SchmerzpatientInnen unter dem moralischen Konservatismus leiden, der in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts gehört.

Gerade aus diesen Gründen ist es umso wichtiger für uns als Sozialistinnen und Sozialisten für eine progressive Drogenpolitik zu kämpfen, die die Menschen und die Probleme in den Mittelpunkt stellt, ohne dabei mit einem reaktionärem Moralverständnis nach Sittengesetzen zu schreien. Cannabis kann natürlich missbraucht werden – genauso wie Alkohol und Zigaretten. Bei einem vernünftigen Umgang ist Kiffen aber auch nicht schädigender als viele andere legale Rauschmittel. Genau wie beim Alkohol kann für Cannabis ein juristisch verbindlicher Grenzwert eingeführt werden, ab dem etwa Autofahren nicht mehr erlaubt ist, kann ein Mindestalter für den Erwerb eingeführt werden und eine Mengenhöchstgrenze, die eine Einzelperson kaufen darf. Würde die verlogene moralische Verbotspolitik überwunden und würde man sich ernsthaft damit auseinandersetzen, wie der Handel, Erwerb und Konsum von Cannabis vernünftig vonstatten gehen könnte, würde unsere Gesellschaft mit Sicherheit nicht untergehen – sondern mit der neuen Freiheit umgehen lernen.

**Cosmas Tanzer**

Koordinator Juso-SchülerInnen Bayern,  
stellv. Vorsitzender Juso-Unterbezirk  
Bayreuth

**Politische Schwerpunkte:**  
Umweltpolitik, Bildungspolitik,  
Kampf gegen Rechts





# Wahlfreiheit statt Freezing!

**N**a, wer von euch hört es? Tick, tack, tick, tack ...? Die biologische Uhr dreht unaufhaltsam ihre Runden auf dem Ziffernblatt – jeden Monat sterben viele unserer Eizellen. Und gerade dann, wenn der berufliche Karriereweg nach oben zu führen beginnt, wenn wir nach längerer Ausbildungs- bzw. Studienphase und nach den ersten Jahren Berufserfahrung das nötige Rüstzeug in der Hand haben, um voll durchzustarten ... ja, dann sind wir Anfang 30 und wer Kinder will, hat da dann ein paar Jahre Zeit für die Familienplanung. Da scheint doch das Angebot von Unternehmen wie Apple und Facebook, die Kosten des Einfrierens von Eizellen ihrer Mitarbeiterinnen zu übernehmen, damit diese erstmal in Ruhe ihre Karriere verfolgen und später ihren Kinderwunsch realisieren können, geradezu pffiffig! Mein Körper gehört immerhin mir! Ist das ein Schritt, um uns von unseren biologischen Fesseln zu befreien und dem niederen Dasein als abhängige Frau? Ist das nicht sowas wie Emanzipation auf dem Arbeitsmarkt? „Social Freezing“ wird diese Eizellen-Einfrier-Methode genannt – und ganz ehrlich: Gänsehaut kriegen wir dabei schon ... aber nicht, weil uns kalt ist!

## In der Natur der Frau?

Die meisten Frauen müssen sich zu irgendeinem Zeitpunkt im Leben mit der Frage der Familiengründung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auseinandersetzen. Schon bei der Frage nach Kinderwunsch und Familienplanung ist die Antwort für viele klar: Frauen wollen Kinder. Wenn nicht jetzt, dann später. Und falls nicht, ist die Frau bestimmt nur nicht bereit ihre Karriere zu opfern – wie egoistisch! Wenn es dann zur Familiengründung kommt, ist die zentrale Frage: Wie werden die neuen Rollen verteilt? Vermeintlich ist es so, dass diese Entscheidung heutzutage beide Geschlechter gleichermaßen betrifft. Die richtige Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit wird untereinander ausgehandelt und man kommt dann gemeinsam zu einem ganz individuell besten Ergebnis.

Soviel zur Theorie. In der Realität zeigt sich dann aber meist ziemlich das gleiche Bild: Die Frau übernimmt den Hauptteil der Familienarbeit und steigt dafür erstmal aus dem Arbeitsmarkt aus. Den ersten Jahren zu Hause beim Kind folgen dann meist mehrere Jahre in Teilzeit oder Mini-/Midi-Job. Diese „traditionelle“ Aufteilung ist in unserer Gesellschaft immer noch gefestigt – sie gilt als Standard, als das „Selbstverständliche“, sodass man sogar hier und da hört, diese Aufteilung sei irgendwie „natürlich“ oder „biologisch“ begründet. Doch das ist natürlich Quatsch!

## Mama ist die Beste!

Wenn Frauen von klein auf mit einem Familienbild konfrontiert werden, das ihnen eine klare Rolle zuweist, stellt sich die Frage, inwieweit noch von einer Wahlfreiheit, also von der Freiheit sich für ein individuelles Lebensmodell zu entscheiden, die Rede sein kann? Wie frei sind Frauen in ihrer Entscheidung wirklich und wie stark handeln sie in der Mutter-Rolle so, wie sie es gelernt haben und wie es die Gesellschaft von ihnen erwartet?

Nehmen sich Frauen diese Freiheit heraus und entscheiden sie sich für ihre Karriere, gelten sie auch heute noch vielfach als Rabenmutter, die nur an sich und ihre Karriere denkt, anstatt sich um ihre Kinder zu kümmern. Gern wird auch eine fehlende Bindung

”

**Frauen werden nicht frei sein,  
solange ihre Unterwerfung  
als sexy gilt.**

Sheila Jeffreys

britische Politikwissenschaftlerin  
und Autorin



zwischen Mutter und Kind prognostiziert, wenn das Kind ganztags in der Krippe von „Fremden“ erzogen und betreut wird.

Klar ist: Auf Frauen lastet offener und versteckter Druck, sich für ein ganz bestimmtes Lebensmodell zu entscheiden. Die Rolle der Mutter ist dabei nicht eine von vielen Möglichkeiten, sondern die, die von Frauen erwartet wird. Das Zurückstellen der eigenen Karriere wird ebenfalls als selbstverständlich vorausgesetzt, mindestens aber als für zeitweise notwendig befunden. Der Mann hingegen hat gute Chancen alles richtig zu machen: Die sogenannten „Neuen Väter“ werden dafür gelobt, dass sie sich neben einem stressigen Job auch noch um Kinder und Familienleben kümmern und „präsent“ sind. Auch die seit der Einführung des Elterngeldes steigende Anzahl an Männern, die sich eine Auszeit vom Job nehmen und beim Nachwuchs zu Hause bleiben, wird äußerst lobend wahrgenommen. Bei genauer Betrachtung stellt sich jedoch heraus: knapp 80 Prozent aller Väter, die überhaupt in Elternzeit gehen, entscheiden sich für die kürzest mögliche Dauer von zwei Monaten. Oft bleiben in dieser Zeit sogar beide Elternteile zu Hause oder die Familie verreist für eine längere Zeit, um mal „Zeit als Familie zu haben“. Mit einer neuen Rollenverteilung und der Übernahme von Familien- und Hausarbeit durch Männer hat das dann nichts mehr zu tun. Männer, die länger als das Minimum von zwei Monaten zu Hause blieben, sind immer noch eine sehr kleine Gruppe und somit kann man hier immer noch deutlich sehen: Ein Wandel der Rollenbilder hat leider noch nicht stattgefunden. Die Frau kümmert sich um Kind und Haushalt und geht arbeiten, um etwas „dazuzuverdienen“, der Mann ist der Familienernährer, der zu Hause hier und da hilft und unterstützt – schon diese Begrifflichkeiten machen deutlich, wer für diese Aufgaben eigentlich zuständig ist. Die Hausarbeit bleibt sogar weitgehend so verteilt, wenn Frauen die

Hauptverdienenden sind. So zeigt eine Studie des DGB, dass Familienernährerinnen, also Frauen, die ihre Familie hauptsächlich oder alleine ernähren, noch zusätzlich einen Großteil der anfallenden Arbeit im Haushalt erledigen.

Natürlich leiden auch Männer unter starren Rollenbildern und den Erwartungen, die die Gesellschaft an sie stellt. Nach wie vor ist der Familienernährer hier das gängige Bild. Trotzdem: Brechen Männer aus diesen Erwartungen aus, gelten sie oft als fortschrittlich und modern. Die Wertschätzung für Frauen, die sich den gesellschaftlichen Erwartungen widersetzen, lässt noch auf sich warten. Von echter Wahlfreiheit kann hier also nicht die Rede sein. Was viel nötiger wäre als die Kostenübernahme beim Social Freezing, sind etwa flexiblere Arbeitszeitmodelle und der Ausbau von Krippenplätzen und Ganztagesangeboten in KiTas und Schulen, damit Familie und Beruf auch parallel möglich sind, ohne dass dies mit beruflichem Stillstand oder Burnout einhergeht. Eine weitere Idee ist, die Ausbezahlung des Elterngeldes für die längste Dauer unter die Voraussetzung zu stellen, dass Mutter und Vater diese Zeit zur Hälfte aufteilen. Damit wird nicht nur das Aufbrechen alter Rollenklischees verfolgt – diese Regelung führt auch zu einer gleichberechtigteren Stellung zwischen Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt, wenn auch die Männer den Stempel „könnte längere Zeit aufgrund der Familienplanung ausfallen“ aufgedrückt bekommen und nicht nur die Frauen. Apple & Co. sind mit Social Freezing also in keinem Fall fortschrittlich und diese Methode bringt uns Frauen auch nicht mehr Freiheiten! Im Gegenteil: Mit diesem Modell werden die eigentlichen Probleme nur in die Zukunft verlagert und dort treten sie weiterhin zu Lasten der Frauen auf. Ein gesellschaftlicher Wandel zu einer gleichberechtigten Aufteilung von Arbeit, Geld, Macht auf der einen Seite und Kinderliebe, Familienglück und Fürsorgepflichten sieht aber unserer Meinung nach anders aus.

#### **Carolyn Hagl**

Vorsitzende Jusos-Oberpfalz,  
stellv. Vorsitzende SPD-Regensburg

**Politische Schwerpunkte:**  
Gleichstellungspolitik/Feminismus,  
Bildungspolitik, Sozialpolitik, Europa



#### **Laura Wallner**

stellv. Juso-Landesvorsitzende,  
Stadträtin in Würzburg,  
stellv. Vorsitzende SPD-Würzburg

**Politische Schwerpunkte:**  
Innenpolitik, Kampf gegen Rechts,  
Gleichstellungspolitik/Feminismus,  
Bildungspolitik

